

Öffentliche Leistungen für den Konsum der privaten Haushalte

Die privaten Haushalte konsumieren neben den Gütern und Leistungen, die sie sich aus dem verfügbaren persönlichen Einkommen auf dem Markt beschaffen, auch verschiedene Dienstleistungen, die ihnen von der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger) ohne oder nur gegen geringfügiges Entgelt zur Verfügung gestellt werden (Realtransfers). Privater Konsum und öffentliche Dienstleistungen für den Konsum der Haushalte bilden zusammen den erst gegen Ende der sechziger Jahre entstandenen Begriff des sogenannten "erweiterten Konsums" (enlarged consumption), der nicht nur als Maß für den Lebensstandard der Bevölkerung eines Landes unerlässlich, sondern insbesondere für internationale Vergleiche von großem Interesse ist, da das Verhältnis zwischen privat beschafften und kollektiv angebotenen Gütern und Leistungen in den verschiedenen Wirtschaftssystemen, aber auch in den einzelnen Ländern desselben Systems nicht gleich ist.

Die vorliegende Untersuchung folgt nach Maßgabe der statistischen Möglichkeiten im wesentlichen den Richtlinien, die im Rahmen eines internationalen Projekts der vergleichenden Konsumanalyse, an dem Österreich allerdings nicht mitgewirkt hat, erarbeitet wurden¹⁾ Sie beschränkt sich aber nur auf den ersten Schritt dieses Projekts, der die öffentlichen Leistungen für den Konsum der Haushalte bzw. den erweiterten Konsum erfaßt und ihre Entwicklung analysiert. Die sehr interessante Frage, in welchem Maße diese Leistungen von den verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen in Anspruch genommen werden, und welche Umverteilungswirkungen sie dadurch haben, konnte nicht behandelt werden, da hierzu direkte Befragungen der Haushalte erforderlich wären, die bisher nicht vorgenommen wurden. Auch auf eine ökonometrische Analyse des Einflusses der kollektiv angebotenen Leistungen auf die private Nachfrage der Haushalte mußte verzichtet werden, teils weil die verfügbaren Reihen für die Berechnung von sinnvollen multiplen Regressionen noch zu kurz sind, teils weil dafür eine stärkere sachliche Gliederung der Ausgaben notwendig wäre. Dennoch ist der Wert der vorgenommenen Untersuchung nicht zu unterschätzen: Sie bringt eine neue, von verschiedenen Autoren schon oft empfohlene Dimension in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und liefert damit ge-

nauere Anhaltspunkte über die Entwicklung und Struktur des Lebensstandards der Bevölkerung.

Abgrenzung der Begriffe

Die Leistungen der öffentlichen Verwaltungen, die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als öffentlicher Konsum bezeichnet werden, lassen sich in zwei große Gruppen gliedern:

1. Dienstleistungen, die der Allgemeinheit zugute kommen und nicht einzelnen Personen oder Personengruppen zugerechnet werden können (*unteilbare kollektive Güter*) und
2. Dienstleistungen, deren Inanspruchnahme an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, und die daher einzelnen Haushalten zugerechnet werden können (*teilbare oder individuelle Dienste*). Sie decken sich mit den sogenannten meritorischen Gütern in der finanzwissenschaftlichen Terminologie und können dadurch mit jenen Gütern und Dienstleistungen verglichen werden, die über den Markt angeboten werden

Zur ersten Gruppe gehören insbesondere allgemeine Verwaltung, Recht und Sicherheit, Landesverteidigung, Beziehungen mit dem Ausland. Aber auch der Aufwand für Straßen, öffentliche Beleuchtung und andere kollektive Dienste, die sowohl den Haushalten als auch dem produktiven Sektor zugute kommen, wird meist dazugezählt, zumal man annehmen kann, daß der intermediäre Verbrauch von kollektiven Leistungen schon in den von den Haushalten auf dem Markt bezogenen Gütern enthalten ist. Durch diese Vorgangsweise werden daher Doppelzählungen bei der Berechnung des erweiterten Konsums vermieden. In die Kategorie der teilbaren oder individuellen Dienste der öffentlichen Verwaltungen fallen vor allem Aktivitäten auf den Sektoren Bildung, Kultur, Gesundheit und Sozialwesen. Diese Einteilung, insbesondere die nach kollektiven Diensten für den Endverbrauch und für die Zwischennachfrage der Produzenten, entspricht weitgehend der in anderen Arbeiten geübten Praxis²⁾.

Da diese Leistungen keine Marktpreise haben, werden sie ebenso wie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit den Ausgaben der Verwaltungen für ihre Produktion, d. h. zu *Faktorkosten* bewertet

¹⁾ Vgl. dazu u. a. L. Solari — J. N. Du Pasquier (Hrsg.) Private and Enlarged Consumption, ASEPELT-Series, Vol. V. Amsterdam-New York-Oxford 1976.

²⁾ Siehe A. Foulon. Consommation des ménages et Consommation publique "divisible", Consommation No. 2, 1973; J. Desce — A. Foulon: La "consommation élargie" Consommation No. 3, 1971.

Diese bestehen im allgemeinen aus dem laufenden Personal- und Sachaufwand. Die Bewertung zu Faktorkosten enthält aber keine Abschreibungen für das öffentliche Vermögen, das zur Erzeugung dieser Dienstleistungen herangezogen wird. Die Einbeziehung der Investitionsausgaben in die Bewertung überschätzt hingegen das Ergebnis, sofern nicht zwischen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen unterschieden werden kann, da dann unterstellt wird, daß sich das Vermögen der öffentlichen Verwaltungen nicht vergrößert. In diesem Fall ist es am zweckmäßigsten, die Funktions- und die Investitionsausgaben gesondert auszuweisen, da die tatsächlichen Kosten für die Leistungserstellung zwischen der Summe dieser beiden Ausgabenarten und den reinen Funktionsausgaben liegen dürften³⁾.

Die Analyse der Entwicklung der öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte wird dadurch erschwert, daß die *Bewertung nur zu laufenden Preisen* vorgenommen werden kann, da es keine brauchbaren Deflatoren gibt. Gewisse Anhaltspunkte für das Volumen dieser kollektiven Verbrauchsleistungen könnten auf einzelnen Gebieten (z. B. Gesundheit, Bildung, Kultur) zwar aus Indikatoren in physischen Größen (Verhältnis der Lehrer- zur Schülerzahl, der Ärzte- zur Bevölkerungszahl u. ä.) gewonnen werden, sie reichen jedoch keinesfalls aus, um ein Gesamtbild von der realen Entwicklung des erweiterten Konsums zu vermitteln — dies vor allem, weil Gewichtungsfaktoren für die einzelnen Indikatoren fehlen und außerdem die Qualitätskomponente der Leistungen vernachlässigt wird⁴⁾.

Das Zusammenfassen der privaten Konsumausgaben mit den öffentlichen Verbrauchsleistungen zum sogenannten erweiterten Konsum wird aber auch dadurch beeinträchtigt, daß die einen zu Marktpreisen, die anderen zu Faktorkosten bewertet werden. Da es keine Marktpreise für die öffentlichen Leistungen gibt, müßte der private Konsum zu Faktorkosten umgerechnet werden, d. h. die in den einzelnen Positionen enthaltenen indirekten Steuern müßten abgezogen und die Subventionen dazugeschlagen werden — dies vor allem deshalb, weil die indirekten Steuern zumindest teilweise zur Finanzierung der Produktion von öffentlichen Leistungen verwendet werden. Das dazu erforderliche statistische Material ist aber meist nicht vorhanden. Da jedoch auch in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung öffentlicher und privater Konsum verschieden bewertet sind, sollte diesem Mangel in der Berechnung des erweiterten Konsums keine allzu große Bedeutung beigemessen werden⁵⁾.

³⁾ Siehe dazu *Desce — Foulon* (1971).

⁴⁾ Siehe dazu *H. Brüngger — C. Orga*: Ansätze zur Messung des Outputs des Staates, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Nr. 3/1978

⁵⁾ Siehe dazu auch *V. Cao-Pinna*: La consommation élargie, Cadre conceptuel et comptable, in *Solari — Du Pasquier* (1976)

Die Aktivitäten der öffentlichen Hand für den Konsum der privaten Haushalte beschränken sich nicht auf die Produktion der verschiedenen meritorischen Güter, sondern umfassen auch eine Reihe von laufenden *Transferzahlungen*, die zu einer Umverteilung der Einkommen beitragen. Neben Pensionen und Renten der öffentlichen Körperschaften handelt es sich dabei um verschiedene Sozialtransfers wie Arbeitslosenunterstützungen, Familien-, Wohnungs-, Behindertenbeihilfen, Stipendien, Entschädigungen und andere Zuwendungen an private Haushalte. Sie bilden einen Teil des verfügbaren persönlichen Einkommens der privaten Haushalte und werden von diesen für den Bezug von Gütern und Leistungen über den Markt ausgegeben. Für eine Gliederung des erweiterten Konsums nach Finanzierungsquellen sind daher diese Transfers vom privaten Konsum abzuziehen (Nettoausgaben der Konsumenten) und den öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte zuzuzählen. Dies ist insbesondere für Vergleiche des Konsumniveaus zwischen westeuropäischen und volkdemokratischen Ländern erforderlich. Ähnliches gilt auch für die Behandlung der *Subventionen*. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein nicht genau erfaßbarer Teil der Subventionen auch nicht mittelbar oder mit zeitlicher Verzögerung inländischen Konsumenten zugute kommt. Der verwendete Gesamtbeitrag der Subventionen überschätzt daher etwas den Beitrag der öffentlichen Hand zur Finanzierung des Konsums der privaten Haushalte.

Statistische Grundlagen und Erfassungsmethoden

Die Ermittlung der teilbaren öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte bzw. des sogenannten erweiterten Konsums bereitet nicht nur vom Konzept her gewisse Schwierigkeiten, sondern auch von der statistischen Erfassung, da die verfügbaren Unterlagen oft unzureichend sind. Dieser Umstand ebenso wie die arbeitsaufwendige Berechnungsweise dürften die Hauptgründe dafür sein, daß bisher nur Ergebnisse für einige wenige Länder (Frankreich, Italien, Schweiz) und einzelne Jahre (1959, 1965 und 1969) veröffentlicht wurden⁶⁾.

Für Österreich wird in der vorliegenden Arbeit erstmals versucht, die Ausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) und der Sozialversicherungsträger für solche Leistungen an die privaten Haushalte in den Jahren 1967 bis 1977 zu erfassen. Die Beschränkung auf

⁶⁾ Vgl. dazu *A. Foulon*: Analyse comparée de la structure et de l'évolution de la consommation élargie en France, Italie et Suisse en 1959, 1965 et 1969, ASEPÉL, Colloque européen sur l'analyse économique de la consommation privée et collective (rapport provisoire); *Foulon* (1973)

diesen Zeitraum war vor allem deshalb erforderlich, weil für die Jahre vorher kaum vergleichbare Unterlagen vorliegen. Ebenso mußte das Jahr 1979, für das die erforderlichen statistischen Unterlagen noch nicht vorliegen, außer Betracht bleiben. Aus arbeitstechnischen Gründen wurde außerdem nur jedes zweite Jahr dieses Zeitraums in die Erhebung einbezogen. Erfasst wurden die Bereiche Bildung, Kultur und Kunst, Sport und Freizeit, Gesundheit und Sozialwesen, von denen angenommen werden kann, daß sie ausschließlich den Letztverbrauchern und nicht der intermediären Nachfrage der Produzenten zugute kommen. Der zweifellos sehr interessante Wohnbau-sektor wurde nicht einbezogen, teils weil die öffentlichen Leistungen auf diesem Gebiet hauptsächlich aus Einkommenstransfers bestehen (Wohnungsbeihilfen), die in das verfügbare persönliche Einkommen eingehen, teils weil sie den Bau oder die Verbesserung von Wohnungen fördern, die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den Investitionen zählen und nicht zum Konsum gehören. Die erfaßten Bereiche wurden hauptsächlich nach den Bedürfnissen abgegrenzt, die sie befriedigen, und entsprechen daher meist nicht der Einteilung der öffentlichen Budgets in 17 Aufgabenbereiche.

Als *statistische Quellen* wurden hauptsächlich die Rechnungsabschlüsse des Bundes, der Länder (ohne Wien) und der Bundeshauptstadt Wien verwendet. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Wien) standen nur die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegebenen Gebärungsübersichten zur Verfügung, deren Gliederung nach funktionellen und ökonomischen Gesichtspunkten allerdings für den vorliegenden Zweck unzureichend ist. Von den Sozialversicherungsträgern wurde nur die Leistungsstatistik der Krankenversicherung (aus den statistischen Handbüchern der Österreichischen Sozialversicherung) herangezogen, da die übrigen Bereiche (Leistungen für Pensionen und Unfallrenten) nicht unmittelbar zum untersuchten Thema gehören. Die privaten Ausgaben für Konsumzwecke wurden ebenso wie die öffentlichen Transferzahlungen an die privaten Haushalte und Institutionen ohne Erwerbscharakter oder die Subventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (nach der Neuberechnung von 1979)⁷⁾ entnommen.

Entsprechend der Begriffsabgrenzung wurde versucht, für die angegebenen Bereiche und öffentlichen Körperschaften die Kosten jener Leistungen zu erfassen, die den Konsumenten unmittelbar zugute kommen. Der Aufwand für die allgemeine Verwaltung (Ministerien, Landesregierungen u. ä.) wurde ebenso wie die Ausgaben für Grundlagenforschung, Denkmalpflege u. ä., sofern sie in die erfaßten Bereiche fal-

⁷⁾ Siehe *Österreichisches Statistisches Zentralamt*. Österreichs Volkseinkommen 1964 bis 1977. Neuberechnung. Beiträge zur Österreichischen Statistik, Heft 525, Wien 1979.

len, ausgeschieden. Neben den *laufenden Ausgaben*, bestehend aus Personal- und Sachaufwand, wurden auch *Investitionen* und investitionsähnliche Aufwendungen (Investitionsförderungen, Zuschüsse an Investitionsfonds u. ä.) in die Berechnung einbezogen, aber getrennt ausgewiesen. Als Personalaufwand wurden hauptsächlich aus statistischen Gründen nur die Aktivbezüge erfaßt, da es keine brauchbaren Unterlagen über die Höhe der angerechneten Pensionen gibt. Dadurch werden die Kosten für die Erstellung der öffentlichen Leistungen im Vergleich zu jenen der Privatwirtschaft etwas unterbewertet. Zu den Investitionen wurden neben Gebäuden, Maschinen und Fahrzeugen auch Einrichtungsgegenstände, medizinische Ausstattung und sonstiges Inventar gezählt. Die Instandhaltungskosten für diese Gegenstände wurden dem laufenden Sachaufwand zugezählt.

Für die *Gliederung der Ausgaben nach den verschiedenen öffentlichen Körperschaften* wurde, abweichend von den öffentlichen Budgets, das *Prinzip der Finanzierung* (nicht das der Leistungserstellung) angewendet — dies vor allem, weil es zwischen den öffentlichen Körperschaften verschiedene Transfers gibt, deren Zahlung und Verwendung jeweils als Aufwand aufscheinen. Um Doppelzahlungen zu vermeiden, mußten daher für jeden erfaßten Bereich die Ausgaben von den Einnahmen aus anderen Körperschaften bereinigt werden. Da es aber für die Gebärung der Gemeinden keine Kreuzklassifikation nach funktioneller und volkswirtschaftlicher Gliederung gibt, wurden die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände mit den Transferzahlungen von Bund und Ländern an diese Gebietskörperschaften bereinigt. Ausgeschieden wurden auch die laufenden Transferzahlungen an Haushalte und private, nicht auf Gewinn berechnete (gemeinnützige) Organisationen, die in das verfügbare persönliche Einkommen eingehen und daher der Finanzierung des privaten Konsums dienen. Die Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen wurden ebenfalls abgezogen, da sie als Durchlaufposten gelten.

Zum Unterschied von den Leistungen der Gebietskörperschaften, die mit den Kosten für ihre Erstellung bewertet werden müssen, können die Leistungen der *Krankenversicherung direkt wertmäßig erfaßt werden. Von diesen Werten wurden entsprechend dem Finanzierungsprinzip die Zuschüsse (Einnahmen) von den Gebietskörperschaften abgezogen.

Die öffentliche Hand stellt aber nicht alle Leistungen in den erfaßten Bereichen den Haushalten ganz unentgeltlich zur Verfügung. In vielen Fällen werden Gebühren und Kostenersätze dafür eingehoben (z. B. Eintrittsgelder, Rezeptgebühren, Internatsgelder), die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als private Konsumausgaben gebucht werden. Um Doppelzahlungen bei der Berechnung des erweiterten Konsums zu vermeiden, müssen daher die öffentlichen

Ausgaben für die privaten Haushalte *netto*, d. h. nach Abzug der Einnahmen von den Konsumenten für diese Leistungen, erfaßt werden. Dazu zählen freilich nicht die Krankenversicherungsbeiträge, die den Charakter einer direkten Steuer haben und vom Einkommen abgezogen werden.

Entsprechend diesem System ergibt sich folgende schematische Erfassungsmethode für die in die Untersuchung einbezogenen institutionellen und funktionellen Bereiche:

Bund, Länder und Gemeinden (einschließlich Gemeindeverbände)

Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt:

- Personalaufwand (ohne Pensionen)
- laufender Sachaufwand
- Investitionen

- laufende Transferzahlungen an Haushalte und private, nicht auf Gewinn berechnete Institutionen
- Einnahmen von anderen Gebietskörperschaften
- Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen

= bereinigte Bruttoausgaben

- Kostenersätze der privaten Haushalte für diese Leistungen

= Nettoausgaben

- laufender Personal- und Sachaufwand
- Investitionen

Sozialversicherungsträger (nur Leistungen für die Gesundheit)

Gesundheitsausgaben der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungsanstalten

- Transferzahlungen an Haushalte (Krankenunterstützung, Mutterschaftsleistungen, Bestattungskosten)
- Beiträge der Gebietskörperschaften zum laufenden Aufwand

= laufender Bruttoaufwand für Gesundheit

- Kostenersätze von Haushalten und privaten Krankenversicherungen (Rezeptgebühren, Behandlungsbeiträge u. ä.)

= laufender Nettoaufwand für Gesundheit

Die Investitionen der Sozialversicherungsträger für Gesundheitszwecke wurden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entnommen, doch stimmt ihre funktionelle Abgrenzung nicht immer mit der der vorliegenden Untersuchung überein⁸⁾

Für die Gemeinden (einschließlich Wien) wurden an Stelle der statistisch nicht erfaßbaren Einnahmen von anderen Gebietskörperschaften die von Bund und Ländern ausgewiesenen Ausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Bereinigung herangezogen. Auch die Transfers an Haushalte und private, nicht auf Gewinn berechnete Institutionen lassen sich

⁸⁾ Verschiebungen gibt es offenbar vor allem zwischen den Gruppen Gesundheit und soziale Wohlfahrt.

hier nur für einzelne Bereiche teilweise erfassen. Eine Trennung zwischen Investitionen und laufendem Sachaufwand ist nur für Wien möglich. Ebenso sind Kostenersätze von Haushalten nur für Wien teilweise ausgewiesen. Aus allen diesen Gründen ist die Berechnung der öffentlichen Leistungen für private Haushalte, die von Gemeinden und Gemeindeverbänden finanziert werden, sicher etwas überhöht.

Wegen der verschiedenen Schwierigkeiten in der statistischen Berechnung sind die ermittelten Ergebnisse nicht als ganz fehlerfrei und unantastbar anzusehen. Sie sind aber zweifellos geeignet, die Größenordnung der öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte, ihre Struktur und Entwicklung im untersuchten Zeitraum aufzuzeigen.

Ergebnisse der Untersuchung

Entwicklung und Struktur der öffentlichen Leistungen

Nach den vorliegenden Berechnungen des Institutes sind die laufenden öffentlichen Ausgaben für Leistungen an die privaten Haushalte, soweit sie in die Untersuchung einbezogen wurden, *netto* (d. h. ohne Eigenleistungen der Haushalte, die im privaten Konsum enthalten sind) von 19½ Mrd S im Jahre 1967 auf 80½ Mrd S im Jahre 1977 oder um durchschnittlich 14,2% pro Jahr⁹⁾ gestiegen. Die Investitionen in diesen Bereichen, die im Durchschnitt rund 15% der laufenden Ausgaben erreichten, nahmen nur um 11,6% pro Jahr zu. Laufende Ausgaben und Investitionen zusammen erhöhten sich in der erfaßten zehnjährigen Periode auf das Vierfache oder um durchschnittlich 13,8% pro Jahr. Sie erreichten 1977 schon rund 18½% der gesamten Nettoausgaben des öffentlichen Sektors (bereinigt um die Transfers zwischen den Körperschaften), nach annähernd 16% im Jahre 1967. Sowohl die laufenden Ausgaben als auch die Investitionen der öffentlichen Hand für Leistungen an die Haushalte sind stärker gewachsen als die Wertschöpfung aller übrigen Wirtschaftszweige. Der Anteil der gesamten öffentlichen Leistungen (Summe aus laufenden Ausgaben und Investitionen) am Brutto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten erhöhte sich von 9,4% (1967) stetig bis auf 13,6% (1977). Die öffentlichen Leistungen für die Konsumenten wuchsen auch viel rascher als die privaten Konsumausgaben der Haushalte. 1967 erreichten diese Leistungen (gerechnet zu Faktorkosten) knapp 14% des privaten Inländerkonsums (zu Marktpreisen), 1977 schon 20%. Berücksichtigt man die Bewertungsunterschiede der beiden Aggregate, so muß die tatsächliche Erweiterung des privaten Konsums durch die öffentlichen

⁹⁾ Die hier und im folgenden angeführten durchschnittlichen Wachstumsraten sind kontinuierliche Zuwächse pro Jahr zwischen Anfangs- und Endwerten.

Übersicht 1

Öffentliche Leistungen für den Konsum der privaten Haushalte

Jahr	Laufende Ausgaben ¹⁾				Investitionen ¹⁾				Zusammen ¹⁾²⁾			
	Mill S	1967 = 100 ³⁾	Anteil am		Mill S	1967 = 100 ³⁾	Anteil am		Mill S	1967 = 100 ³⁾	Anteil am	
			BIP ⁴⁾	privaten Konsum ⁵⁾			BIP ⁴⁾	privaten Konsum ⁵⁾			BIP ⁴⁾	privaten Konsum ⁵⁾
		in %				in %				in %		
1967	19.540	100,0	7,9	11,7	3.466	100,0	1,4	2,1	23.006	100,0	9,4	13,8
1969	24.324	124,5	8,5	12,8	3.778	109,0	1,3	2,0	28.103	122,2	9,8	14,8
1971	31.015	158,7	8,7	13,5	4.740	136,8	1,3	2,1	35.755	155,4	10,0	15,5
1973	44.149	225,9	9,7	15,1	6.834	197,2	1,5	2,3	50.983	221,6	11,3	17,5
1975	63.078	322,8	11,3	17,1	9.829	283,6	1,8	2,7	72.907	316,9	13,0	19,8
1977	80.488	411,9	11,9	17,7	11.056	319,0	1,6	2,4	91.544	397,9	13,6	20,1

Institutsberechnung — ¹⁾ Netto, d. h. abzüglich der Einnahmen von privaten Haushalten und privaten Institutionen ohne Erwerbscharakter — ²⁾ Unterschiede gegenüber der Summe aus laufenden Ausgaben und Investitionen beruhen auf Ab- und Aufrundungen — ³⁾ Die Indizes wurden aus Angaben in 1 000 S errechnet — ⁴⁾ Brutto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten — ⁵⁾ Zu Marktpreisen

Leistungen im Durchschnitt um etwa 2 Prozentpunkte höher gewesen sein, als sich auf Grund der Berechnung ergibt¹⁰⁾.

Die Bruttoausgaben der öffentlichen Hand für diese Leistungen, die im Durchschnitt der erfaßten Jahre um 8% über den Nettoausgaben lagen¹¹⁾, entwickelten sich sehr ähnlich (durchschnittlich +13,7% pro Jahr). In den einzelnen erfaßten Zweijahresperioden war das Wachstum jedoch sehr ungleich. Am schwächsten wuchsen die öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte von 1967 bis 1969 (brutto +10,5%, netto +10% pro Jahr), am stärksten in den Jahren 1971 bis 1975 (brutto +17,6%, netto +17,8% pro Jahr).

Die absolute und relative Zunahme der öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte hängt zum Teil mit der ökonomischen und sozialen Entwicklung zusammen. Mit steigendem Wohlstand nimmt im allge-

meinen die Nachfrage nach verschiedenen Dienstleistungen, die traditionell vom öffentlichen Sektor zur Verfügung gestellt werden, insbesondere auf dem Bildungs- und Gesundheitssektor, überproportional zu. Aber auch die Kosten für die Erstellung dieser Leistungen haben sich überdurchschnittlich erhöht. So läßt es sich erklären, daß die Elastizität der gesamten öffentlichen Ausgaben (nominell) in bezug auf das Brutto-Inlandsprodukt in allen OECD-Ländern in den sechziger und siebziger Jahren über 1 lag¹²⁾. Die steigende Tendenz der öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte wurde teils durch Vergrößerung der Zahl der Leistungsberechtigten, teils durch Erweiterung der Programme erreicht. So wurde z. B. der Anteil der Bevölkerung mit öffentlicher Krankenversorgung erhöht, der Zugang zu höheren Schulen und Universitäten durch Stipendien, Verzicht auf Gebühren, freie Schulfahrten, unentgeltliche Abgabe von Schulbüchern und andere Maßnahmen gefördert. Auch die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung (steigender Anteil der schulpflichtigen Jahrgänge und der Pensionisten) hat sich auf die Zunahme der öffentlichen Leistungen ausgewirkt.

Die Struktur der öffentlichen Leistungen für die Konsumenten hat sich im untersuchten Zeitraum nicht sehr wesentlich verändert. In allen Jahren entfiel der weitaus größte Teil der laufenden Nettoausgaben und der Investitionen auf das Bildungswesen (im Durchschnitt 43% der laufenden Ausgaben und 61% der Investitionen) sowie das Gesundheitswesen (45% und 23%)¹³⁾. Für Kultur und Kunst wurden durchschnittlich 4 1/2% der Gesamtausgaben (laufende Ausgaben und Investitionen zusammen) verwendet, für Sport

¹²⁾ Vgl. dazu OECD: Public Expenditure Trends, Studies in Resource Allocation, Nr. 5, Paris 1978.

¹³⁾ Differenzen zwischen den vom Institut errechneten Leistungen für Bildung und Gesundheit und den von anderen Autoren angegebenen Ausgaben für diese Bereiche (siehe W. Clement — R. Sauerchnig: Empirische Grundlagen und Konzepte einer Bildungsfinanzpolitik in Österreich, Wien 1978; A. Schöpf: Zur Entwicklung der Gesundheitsausgaben, Wirtschaftspolitische Blätter, 2/1976) sind hauptsächlich auf Abgrenzungsunterschiede zurückzuführen.

Übersicht 2

Wachstum der öffentlichen Leistungen für den Konsum der privaten Haushalte

Periode	Laufende Ausgaben		Investitionen brutto = netto ¹⁾	Zusammen	
	brutto	netto ¹⁾		brutto	netto ¹⁾
	Durchschnittlicher Zuwachs pro Jahr in % ²⁾				
1967/1969	+11,4	+10,9	+4,3	+10,5	+10,0
1969/1971	+11,9	+12,1	+11,3	+11,8	+12,0
1971/1973	+16,9	+17,7	+18,3	+17,1	+17,7
1973/1975	+18,0	+17,8	+18,2	+18,0	+17,9
1975/1977	+12,0	+12,2	+5,9	+11,3	+11,4
1967/1977	+14,0	+14,2	+11,6	+13,7	+13,8

Institutsberechnung — ¹⁾ Abzüglich der Einnahmen von privaten Haushalten und privaten Institutionen ohne Erwerbscharakter — ²⁾ Kontinuierliche Zuwachsraten aus Anfangs- und Endperiode

Übersicht 3

Struktur der öffentlichen Leistungen für den Konsum der privaten Haushalte

Jahr	Bildung ¹⁾	Kultur und Kunst	Sport und Freizeit	Gesundheitswesen	Soziale Einrichtungen
Laufende Ausgaben ²⁾					
1967	39,7	5,2	0,5	46,9	7,7
1969	40,8	4,9	0,7	46,7	6,9
1971	42,6	4,7	0,8	45,5	6,4
1973	46,1	4,4	0,8	42,9	5,8
1975	45,6	4,2	0,8	43,6	5,8
1977	44,7	3,8	0,9	44,3	6,3
Investitionen ²⁾					
1967	65,9	5,6	3,5	19,0	6,0
1969	61,5	6,2	3,4	24,0	4,9
1971	62,5	5,6	5,1	22,7	4,1
1973	63,1	4,8	6,0	21,9	4,2
1975	59,9	3,9	6,2	24,5	5,5
1977	54,3	4,2	7,7	27,3	6,5
Zusammen ²⁾					
1967	43,7	5,2	1,0	42,7	7,4
1969	43,6	5,0	1,1	43,7	6,6
1971	45,2	4,8	1,3	42,5	6,2
1973	48,3	4,5	1,5	40,1	5,6
1975	47,6	4,2	1,5	41,0	5,7
1977	45,9	3,8	1,8	42,2	6,3

Institutsberechnung. — ¹⁾ Schulwesen und Hochschulen — ²⁾ Nettoausgaben d. h. abzüglich der Einnahmen von privaten Haushalten und privaten Institutionen ohne Erwerbscharakter

und Freizeit 1 1/2% und für Soziales 6% Während der Anteil der Ausgaben für Bildung und vor allem für Sport und Freizeit steigende Tendenz hatte, wurde für Kultur und Kunst sowie für soziale Einrichtungen relativ immer weniger aufgewendet Der Anteil des Gesundheitswesens veränderte sich wenig, hatte aber eher sinkende Tendenz.

Die Strukturverschiebung zugunsten des Bildungswesens ist auf das Zusammenwirken von demographischen Faktoren mit der steigenden Nachfrage nach Bildung als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung und verschiedener Förderungsmaßnahmen zurückzuführen So ist die Zahl der schulpflichtigen Kinder von 6 bis 15 Jahren absolut und relativ (gemessen an der Gesamtbevölkerung) von 1967 bis 1975 ständig gestiegen und ging 1977 nur leicht zurück, auf ein Niveau, das noch immer über dem von 1971 lag¹⁴⁾ Auch die Zahl der Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren, die für die höhere Schulbildung in Frage kommen, hat von 1969 bis 1977 absolut und relativ kräftig zugenommen Die wachsende Nachfrage nach Bildung spiegelt sich vor allem in der starken Zunahme der Schülerzahlen in den allgemein- und berufsbildenden höheren Schulen sowie der Hörerstände an den Hochschulen und pädagogischen Aka-

¹⁴⁾ Die Zahl der Kinder von 6 bis 15 Jahren erhöhte sich von 1967 bis 1975 um 182.000 oder 17% das sind durchschnittlich 2% pro Jahr. Von 1975 bis 1977 sank sie um 24.000 oder um 2% (—1% pro Jahr).

demien¹⁵⁾. Dieser steigenden Bildungsnachfrage hat die öffentliche Hand vor allem durch Vergrößerung des Lehrpersonals, Modernisierung der Lehrbehelfe, Um- und Neubau von Schulen und Hochschulen u. ä. entsprochen. Da man außerdem bestrebt war, die Qualität des Unterrichts durch Reduzierung der Klassengrößen (Schüler je Klasse)¹⁶⁾ zu verbessern und den Schul- bzw. Hochschulbesuch durch Einführung von Schülerfreifahrten, unentgeltliche Zuteilung von Schulbüchern, höhere Stipendien und Schülerbeihilfen u. ä. zu fördern, sind die öffentlichen Ausgaben für Bildung im untersuchten Zeitraum stärker gestiegen (durchschnittlich um 14,3% pro Jahr) als die für die übrigen erfaßten Bereiche (+13,4% pro Jahr). Besonders groß war der Abstand zwischen 1971 und 1973 (+21% gegen +15% pro Jahr) als Folge der Einführung der Schülerfreifahrten und der Schulbuchaktion.

Der stark steigende Anteil der Investitionsausgaben für Sport und Freizeit (1967 3 1/2%, 1977 7 1/2%) geht vor allem auf die Bemühungen der Gemeinden zurück, (nicht zuletzt im Interesse des Fremdenverkehrs) Schwimmbäder und andere Sporteinrichtungen zu errichten oder zu modernisieren So sind die Investitionsausgaben der Gemeinden (einschließlich Wien) von 1967 bis 1977 um durchschnittlich 22% pro Jahr (zwischen 1969 und 1977 um 27%) gewachsen, die der übrigen Gebietskörperschaften aber nur um 15% (18 1/2%). Auch die laufenden Ausgaben der Gemeinden für diese Zwecke wuchsen stärker (+21% bzw. +19% pro Jahr) als die des Bundes und der Länder zusammen (+17 1/2% bzw. +17%). Absolut waren die gesamten Ausgaben (laufende Ausgaben plus Investitionen) der Gemeinden für Sport und Freizeit im Durchschnitt fast 2 1/2mal so hoch wie die der übrigen Gebietskörperschaften

Die öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen, der zweite Schwerpunkt der öffentlichen Leistungen für die privaten Haushalte, wuchsen etwa gleich stark wie die für die übrigen erfaßten Bereiche; ihr Anteil an den Gesamtausgaben veränderte sich im erfaßten Zeitraum wenig. Das gilt aber nur für die laufenden Ausgaben, die allerdings für das Gesamtergebnis wegen ihres hohen Anteils (über 90%) aus-

¹⁵⁾ So ist allein von 1970 bis 1977 die Zahl der Schüler in den allgemeinbildenden höheren Schulen um 25% (+3% pro Jahr), in den berufsbildenden höheren Schulen sogar um 94% (+9 1/2% pro Jahr) gestiegen. Der Stand der österreichischen Hörer an den wissenschaftlichen und Kunsthochschulen wuchs in der gleichen Zeit um 87% (+9% pro Jahr), der an den pädagogischen Akademien um 46% (+5,4%) (siehe dazu *W. Clement — P. Ahammer — A. Kaluza (Hrsg.): Bildungsexpansion und Arbeitsmarkt, Wien 1980*).

¹⁶⁾ Vom Schuljahr 1966/67 bis zum Schuljahr 1975/76 konnte allerdings nur die Zahl der Schüler pro Klasse in den allgemeinbildenden Pflichtschulen um 15% gesenkt werden. In den allgemeinbildenden höheren Schulen blieb sie nahezu unverändert, in den berufsbildenden höheren Schulen nahm sie sogar zu (siehe dazu *Clement — Sauerschnig, 1978*).

schlaggebend sind. Die Ausgaben für Investitionen im Gesundheitssektor nahmen nicht nur stärker zu (um durchschnittlich 15% pro Jahr) als die laufenden Ausgaben (+13½%), sondern auch stärker als die Investitionsausgaben in den übrigen erfaßten Bereichen (+10½%). Dadurch erhöhte sich ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Investitionsausgaben für die privaten Haushalte von 19% (1967) auf 27% (1977). Die überdurchschnittliche Zunahme der Gesundheitsinvestitionen beruht vor allem auf dem Neubau oder der Modernisierung bestehender Krankenhäuser sowie auf der besseren Ausstattung mit Geräten und Apparaten als Folge des medizinischen Fortschritts. Die Finanzierung dieser Investitionen, die hauptsächlich den Ländern und Gemeinden obliegt, hat sich im Beobachtungszeitraum deutlich von den Ländern zu den Gemeinden (einschließlich Wien) verlagert. 1967 entfielen 61½% der Investitionsausgaben auf die Länder und 38% auf die Gemeinden (einschließlich Wien), 1977 waren es dagegen 41½% und 47½%. Gleichzeitig erhöhte sich auch der Anteil des Bundes von ½% auf 11%. Diese Entwicklung hängt hauptsächlich mit dem Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien zusammen. Die laufenden Gesundheitsausgaben werden hauptsächlich von der Sozialversicherung gedeckt. Ihr Anteil schwankte in den erfaßten Jahren zwischen 64% (1973) und 68½% (1967 und 1969). Auf die Gemeinden (einschließlich Wien) entfielen 20% bis 22%, auf die Länder 9% bis 12%, auf den Bund 2% bis 3%.

Die öffentlichen Leistungen für soziale Einrichtungen, die zum größten Teil von den Gemeinden erbracht werden¹⁷⁾, nahmen schwächer zu (um durchschnittlich 12% pro Jahr) als die der übrigen erfaßten Gruppen (+14%). Das hängt zum Teil damit zusammen, daß öffentliche Fürsorgeeinrichtungen wie Alters- und Kinderheime mit wachsendem Wohlstand an Bedeutung verlieren. Außerdem werden soziale Hilfen zunehmend in Form von Transferzahlungen an Haushalte gewährt, die hier nicht erfaßt wurden, da sie Teil des verfügbaren Einkommens sind.

Relativ schwach gestiegen sind auch die öffentlichen Leistungen für Kultur und Kunst, zu denen Theater, Konzerte, Museen, Ausstellungen und sonstige künstlerische und kulturelle Veranstaltungen zählen. Sie nahmen von 1967 bis 1977 um durchschnittlich 10½% pro Jahr zu, die der übrigen erfaßten Gruppen aber um 14%. Die Länder erhöhten zwar ihre Leistungen um 13½% pro Jahr, Bund und Gemeinden, die im Durchschnitt 85% der Gesamtausgaben finanzierten, aber nur um 10%. Vor allem die Investitionen des Bundes (+7½%) und der Gemeinden (+6%) nahmen relativ langsam zu, während die laufenden Ausgaben

dieser Gebietskörperschaften um durchschnittlich 10½% und 11% pro Jahr wuchsen. Dadurch sank der Anteil der Gruppe Kultur und Kunst an den laufenden Ausgaben der erfaßten Bereiche kontinuierlich von 5,2% auf 3,8%, an den Investitionen von 5,6% auf 4,2%. Diese Entwicklung läßt sich hauptsächlich damit erklären, daß das Leistungsangebot in dieser Bedarfsgruppe nur wenig ausgeweitet wurde.

Der erweiterte Konsum und seine Finanzierung

Die öffentlichen Leistungen für die verschiedenen Bedarfsgruppen ergänzen die Güter und Dienstleistungen, die die privaten Haushalte mit ihrem verfügbaren persönlichen Einkommen über den Markt erwerben. Dadurch weichen Entwicklung und Struktur des erweiterten Konsums zum Teil beträchtlich von denen des privaten Konsums ab. Von 1967 bis 1977 sind die privaten Konsumausgaben um durchschnittlich 10% pro Jahr gewachsen, der erweiterte Konsum um 10½%. In den Bedarfsgruppen, auf die sich die öffentlichen Leistungen konzentrieren, sind die Unterschiede größer. Die privaten Konsumausgaben für Körper- und Gesundheitspflege erhöhten sich im Untersuchungszeitraum durchschnittlich um 11,3% pro Jahr, einschließlich der öffentlichen Leistungen wuchs dieser Bereich aber um 12,7% jährlich. Ähnliches gilt für die Gruppe Bildung-Unterhaltung-Erholung, zu der die öffentlichen Leistungen für Bildung, Kultur und Kunst sowie Sport und Freizeit gezählt werden: privater Konsum +12,3% pro Jahr, erweiterter Konsum +13,1% pro Jahr. Auch die Ausgaben für "Sonstiges", in die die öffentlichen Leistungen für soziale Einrichtungen einbezogen wurden, wuchsen im privaten Konsum schwächer (+10,9%) als im erweiterten Konsum (+11,5%).

Wegen der Konzentration der öffentlichen Leistungen auf einige wenige Bedarfsgruppen ist vor allem der Anteil von Bildung, Unterhaltung und Erholung sowie von Körper- und Gesundheitspflege am erweiterten Konsum höher als an den privaten Haushaltsausgaben. Die Unterschiede lagen im Untersuchungszeitraum zwischen 5 und 7 Prozentpunkten. Geringer als im privaten Konsum waren dagegen insbesondere die Anteile von Nahrungsmitteln und Getränken (um durchschnittlich 4 Prozentpunkte), Bekleidung (2 Prozentpunkte), Verkehr und Nachrichten (1 bis 2 Prozentpunkte), Einrichtung und Hausrat (1 bis 1½ Prozentpunkte). Diese Strukturunterschiede zwischen privatem und erweitertem Konsum können bis zu einem gewissen Grad auch durch den Einkommenseffekt der öffentlichen Leistungen erklärt werden. Ihre Nutzung bringt den Haushalten praktisch ein höheres Einkommensniveau mit den erwarteten Konsequenzen auf die Konsumstruktur: sinkender Anteil der

¹⁷⁾ Im Durchschnitt der erfaßten Jahre von 1967 bis 1977 wurden 73½% der laufenden Ausgaben und 53% der Investitionen für soziale Einrichtungen von den Gemeinden (einschließlich Wien) finanziert.

Struktur des privaten und erweiterten Konsums nach Bedarfsgruppen

Jahr	Nahrungsmittel, Getränke	Tabakwaren	Kleidung	Wohnungsnutzung	Heizung, Beleuchtung	Einrichtung, Hausrat	Haushaltsführung	Körper- und Gesundheitspflege	Verkehr, Nachrichten	Bildung, Unterhaltung, Erholung	Sonstiges
Privater Konsum ¹⁾											
1967	35,9	2,9	13,1	6,3	4,0	8,8	2,1	4,6	10,7	10,2	1,4
1969	34,0	2,9	12,9	7,0	4,0	9,0	2,1	5,2	10,3	11,1	1,5
1971	31,6	2,6	13,6	7,6	3,9	9,7	1,9	4,9	12,2	10,6	1,4
1973	29,4	2,5	13,7	8,6	4,1	9,8	1,9	5,0	12,8	10,7	1,5
1975	27,2	2,3	13,1	9,5	4,3	9,5	1,7	5,9	13,4	11,6	1,5
1977	25,5	2,3	12,2	10,1	4,4	9,1	1,6	5,2	15,3	12,8	1,5
Erweiterter Konsum ²⁾											
a)											
1967	32,2	2,7	11,7	5,7	3,5	7,9	1,9	9,0	9,5	13,9	2,0
1969	30,1	2,5	11,5	6,2	3,6	8,0	1,9	9,9	9,1	15,1	2,1
1971	27,8	2,3	12,0	6,7	3,4	8,5	1,6	9,8	10,8	15,1	2,0
1973	25,6	2,2	11,9	7,4	3,5	8,5	1,6	10,0	11,1	16,1	2,1
1975	23,2	1,9	11,1	8,1	3,7	8,1	1,5	11,5	11,5	17,3	2,1
1977	21,6	2,0	10,4	8,6	3,7	7,7	1,4	11,1	13,0	18,3	2,2
b)											
1967	31,6	2,6	11,5	5,6	3,5	7,7	1,8	9,2	9,4	15,0	2,1
1969	29,6	2,5	11,3	6,1	3,5	7,9	1,8	10,1	9,0	16,1	2,1
1971	27,3	2,3	11,7	6,6	3,4	8,4	1,6	10,0	10,6	16,1	2,0
1973	25,1	2,1	11,7	7,3	3,4	8,3	1,6	10,3	10,9	17,2	2,1
1975	22,7	1,9	10,9	7,9	3,6	8,0	1,4	11,7	11,2	18,5	2,2
1977	21,3	1,9	10,2	8,4	3,6	7,5	1,4	11,4	12,7	19,3	2,3

Institutsberechnung; zu laufenden Preisen — ¹⁾ Nach der Zwischenrevision von 1979 — ²⁾ Privater Konsum plus öffentliche Leistungen für den Konsum der privaten Haushalte; a) öffentliche Leistungen: nur laufende Ausgaben; b) öffentliche Leistungen: laufende Ausgaben plus Investitionen

Grundbedürfnisse, steigender Anteil der gehobenen, elastischen Bedürfnisse¹⁸⁾.

Infolge des rascheren Wachstums der öffentlichen Leistungen hat sich der Anteil der von den Haushalten über den Markt bezogenen Güter und Dienstleistungen am erweiterten Konsum ständig vermindert. Er sank von 88% (1967) auf 83½% (1977). Diese Tendenz war mit vorübergehenden Unterbrechungen insbesondere in den Gruppen Körper- und Gesundheitspflege sowie Bildung-Unterhaltung-Erholung festzustellen. Von den Gesamtausgaben für Körper- und Gesundheitspflege wurden im Durchschnitt nur 42%

¹⁸⁾ Siehe dazu auch *M. Zundel: Einfluß der öffentlichen Güter auf den privaten Konsum. Kritische Überprüfung eines Ansatzes zur Erweiterung der Analyse der Wirkungen öffentlicher Realausgaben*, Bochum 1978

von privaten Haushalten getätigt, von den Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Erholung 56%. In der Gruppe "Sonstiges" nahm der private Anteil am erweiterten Konsum zunächst bis 1973 zu, sank dann aber in den folgenden Jahren ebenfalls kräftig. Die öffentliche Hand beeinflusst aber in zunehmendem Maße Höhe und Struktur des Konsums der privaten Haushalte nicht nur durch die Bereitstellung verschiedener Leistungen, sondern auch durch Geldtransfers¹⁹⁾, die Teil des verfügbaren persönlichen Einkommens sind. Die Netto-Transferzahlungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungsträger (abzüglich Sozialversicherungs- und Pensionsbeiträge) sind im Untersuchungszeitraum stärker gestiegen (um durchschnittlich 11,2% pro Jahr) als der erweiterte Konsum (+ 10,6%). Dadurch erhöhte sich der Anteil der mit den Transfers an Haushalte finanzierten Konsumausgaben mit vorübergehenden Unterbrechungen in den Jahren 1971 und 1973 von 7,2% (1967) auf 7,7% (1977). Unterstellt man, daß alle von der öffentlichen Hand geleisteten Subventionen direkt oder indirekt den privaten Haushalten zugute kommen, so hat auch ihr Anteil am erweiterten Konsum tendenziell leicht zugenommen. Daraus ergibt sich, daß die Bedeutung der durch Arbeit oder Besitz

¹⁹⁾ Die sogenannten Naturaltransfers z. B. Gratisschulbücher oder Rückvergütungen für die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen, die an den Verbrauch bestimmter Güter oder Dienstleistungen gebunden sind, wurden nicht gesondert erfaßt sondern zu den Ausgaben für öffentliche Leistungen gezählt

Übersicht 5

Anteil des privaten am erweiterten Konsum

	Insgesamt	Konsum		
		Körper- und Gesundheitspflege	Bildung Unterhaltung, Erholung	Sonstiges
in %				
1967	87,9	44,0	59,8	57,5
1969	87,1	44,3	60,2	59,8
1971	86,6	42,8	57,1	60,1
1973	85,1	41,8	53,0	61,2
1975	83,5	42,3	52,5	56,7
1977	83,3	38,1	55,3	54,3

Institutsberechnung; erweiterter Konsum = privater Konsum plus laufende Ausgaben und Investitionen für öffentliche Leistungen an private Haushalte

erworbenen Einkommensteile für die Finanzierung des Gesamtkonsums der Haushalte immer geringer wird. 1967 wurden noch mehr als drei Viertel (77½%) des erweiterten Konsums aus diesen Einkommen gedeckt, 1977 waren es nur noch 72%. Diese Tendenz, die sich vor allem seit 1975 sehr verstärkt hat, dürfte weiter anhalten. Freilich ist in diesem Ergebnis nicht berücksichtigt, daß die öffentlichen Ausgaben für die privaten Haushalte aus allgemeinen Steuereinnahmen finanziert werden und der Nettobeitrag der öffentlichen Hand zum erweiterten Konsum daher viel geringer ist. Entscheidend ist jedoch die Umverteilungswirkung dieser öffentlichen Ausgaben, für deren Untersuchung allerdings die erforderlichen statistischen Unterlagen nicht vorhanden sind.

Zusammenfassung und Schlußfolgerung

Die öffentlichen Leistungen für den Konsum der privaten Haushalte sind in den letzten Jahren rascher gewachsen als die privaten Konsumausgaben und als das Brutto-Inlandsprodukt. Erreichten 1967 diese Leistungen (gerechnet zu Faktorkosten) knapp 14% des privaten Konsums (zu Marktpreisen) bzw. 9½% des Brutto-Inlandsproduktes (zu Faktorkosten), so waren es 1977 schon 20% bzw. 13½%. Schaltet man die Bewertungsunterschiede aus, so dürfte 1977 der Konsum der privaten Haushalte durch die Leistungen der öffentlichen Hand um mehr als ein Fünftel vergrößert worden sein. Die starke Zunahme der öffentlichen Leistungen hat ihre Struktur nur wenig verändert. In allen Jahren entfiel der weitaus größte Teil der Aufwendungen (laufende Ausgaben und Investitionen zusammen) auf das Bildungs- (44% bis 48%) und Gesundheitswesen (40% bis 44%). Für soziale Einrichtungen wurden im Durchschnitt 6%, für Kultur und Kunst 4½%, für Sport und Freizeit 1½% aufgewendet. Während der Anteil der Leistungen für Bildung und insbesondere für Sport und Freizeit steigende Tendenz hatte, blieb vor allem der Aufwand für Kultur und Kunst sowie für soziale Einrichtungen relativ zurück. Abgesehen von den Gütern und Dienstleistungen, die die öffentliche Hand den privaten Haushalten ohne oder gegen ein geringfügiges Entgelt zur Verfügung stellt, wird auch ein Teil der privaten Konsumausgaben durch Transfers und Subventionen aus öffentlichen Mitteln finanziert. Der Anteil der öffentlichen Transfers an den privaten Konsumausgaben schwankte im Untersuchungszeitraum zwischen 7½% (1973) und 9% (1977), der der Subventionen zwischen 3% und 4%. Dadurch wurde vom Gesamtkonsum der privaten Haushalte (privater Konsum plus öffentliche Leistungen) 1977 schon fast ein Drittel (nach etwa einem Viertel im Jahre 1967) durch die öffentliche Hand finanziert.

Finanzierung des erweiterten Konsums

	Ins-gesamt	Erweiterter Konsum ¹⁾				
		Öffentliche Leistungen	Transfers an Haushalte ²⁾	Subventionen	aus Arbeit und Besitz ³⁾	
1967	Mill. S 190.212	23.006	13.596	6.046	147.477	
	in %	100,0	12,1	7,2	3,2	77,5
1969	Mill. S 217.540	28.103	16.280	6.474	166.699	
	in %	100,0	12,9	7,5	3,0	76,6
1971	Mill. S 265.852	35.755	18.318	7.559	204.244	
	in %	100,0	13,5	6,9	2,8	76,8
1973	Mill. S 342.806	50.983	21.499	9.113	261.164	
	in %	100,0	14,9	6,3	2,6	76,2
1975	Mill. S 440.968	72.907	32.028	14.811	321.221	
	in %	100,0	16,5	7,3	3,4	72,8
1977	Mill. S 547.051	91.544	42.081	18.472	394.977	
	in %	100,0	16,7	7,7	3,4	72,2

Institutsberechnung. — ¹⁾ Privater Konsum plus öffentliche Leistungen für die privaten Haushalte (laufende Ausgaben und Investitionen). — ²⁾ Netto d. h. nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Pensionsbeiträge der Hoheitsverwaltung. — ³⁾ Restgröße aus erweitertem Konsum minus öffentliche Leistungen Transfers und Subventionen.

Die wachsende Finanzierung des Konsums der privaten Haushalte durch die öffentliche Hand kann verschiedenen Zielen dienen. Zunächst haben öffentliche Leistungen für den Konsum den Zweck, die Präferenzstruktur der Haushalte, im eigenen und im Interesse der Allgemeinheit, etwas zu korrigieren. Sie haben dadurch einen gewissen Zwangscharakter. Die unentgeltlich von der öffentlichen Hand angebotenen Güter und Leistungen können aber auch, ebenso wie Transferzahlungen, eine Umverteilung der Einkommen bewirken. Ob und in welchem Umfang dies erreicht wird, läßt sich mangels statistischer Unterlagen über die Inanspruchnahme der öffentlichen Leistungen durch die verschiedenen Einkommenschichten nicht feststellen. Untersuchungen bzw. schematische Berechnungen für andere Länder ergaben jedoch, daß insbesondere die unentgeltliche Nutzung von Bildungseinrichtungen zu einer Umverteilung zugunsten der Bezieher höherer Einkommen führt. Dies vor allem, weil allgemeinbildende höhere Schulen, insbesondere aber Hochschulen, in überdurchschnittlich hohem Maße von Angehörigen gehobener Schichten besucht werden. Ähnliches dürfte auch für die Inanspruchnahme der öffentlichen Gesundheitsleistungen gelten, teils weil die Versorgung mit medizinischen Einrichtungen im ländlichen Raum viel schlechter ist als im städtischen, teils weil es schichtenspezifische Informationsunterschiede über die Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Gesundheitswesens gibt²⁰⁾.

²⁰⁾ Vgl. dazu auch H. J. Bodenhöfer: Finanzierungsprobleme und Finanzierungsalternativen der Bildungspolitik. Zeitschrift für Wirtschaft und Sozialwissenschaften, Heft 2/1978; W. Albers: Einkommensumverteilung durch Transferzahlungen, Wirtschaftsdienst Nr. 12/1978; S. Skarpelis-Sperk: Wem nützt der Staat?, WSI-Mitteilungen, Mai 1978.

Freilich können sich solche Umverteilungswirkungen nur ergeben, wenn die Steuerleistung der höheren Einkommensgruppen die stärkere Nutzung von öffentlichen Leistungen nicht kompensiert. Trotz der bestehenden Zweifel an der positiven Umverteilungswirkung der öffentlichen Leistungen für die privaten

Haushalte kann man ganz allgemein annehmen, daß in den letzten Jahren immer größere Teile der Bevölkerung in diese Leistungen einbezogen wurden und ihr Lebensstandard dadurch verbessert wurde.

Grete Kohlhauser